

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Bemerkung
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 275.

Montag, 27. November 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch die Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kapitanstraße 50. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche auf den Namen **Franz Gustav Walther** eingetragene Hausgrundstück, Folium 1045 des Grundbuchs für Riesa, Nr. 213 P. 2 Abth. A. des Grundbuchs, Nr. 1555 a des Flurbuchs, nach dem letzteren — da 13,6 a groß, mit 315,32 Steuerseinheiten belegt, geschätzt auf 34 635 M. — soll an hiesiger Gerichtsstelle zwangsweise versteigert werden und es ist

der 7. Dezember 1893, Vormittags 10 Uhr
als Versteigerungstermin,

sonne

Tagesgeschichte.

* Reichstagsauflösung und Kanzlerwechsel können die Folgen sein, wenn — wie es den Anschein gewinnt — die Mehrheit des Reichstags den von der Reichsregierung abgeschlossenen Handelsverträgen mit Rumänien, Serbien und Spanien ihre Zustimmung verweigert. Besonders scheint der rumänische Handelsvertrag gefährdet, da nicht nur die Konservativen fast in ihrer Gesamtheit, sondern auch ein Theil der Freikonservativen, vielleicht die Hälfte des Zentrums, eine Gruppe Nationalliberaler und die Bödel-Zimmermannsche deutsche Reformpartei (12 Mitglieder) dagegen zu stimmen entschlossen sind. Selbstverständlich ist es die Herabsetzung des Kornzolls, was so böses Blut macht, aber ohne diese Herabsetzung wäre so wenig mit Oesterreich-Ungarn, wie mit Rumänien und Serbien, noch auch zuletzt mit Rußland der Abschluß von Handelsverträgen möglich. Dieses deutsche Zugeständniß ist der Caprioli'sche Handelsvertrag mit den genannten Staaten, die sämtlich Getreide nach Deutschland einführen und deshalb an einem niedrigen Zoll lebhaft interessiert sind. — Die Reichsregierung hat insofern einen schweren Stand, als sie in dieser Frage ihre sonstigen Gegner zu Freunden, ihre sonstigen Anhänger zu heftigen Gegnern hat. Würde auch nur einer der Verträge abgelehnt, so müßte — wenn wir eine parlamentarische Regierung hätten — der Reichskanzler zurücktreten, worauf auch wohl von einem Theile der Regierungsgegner in diesem Falle spekuliert wird. Indessen hat der Reichskanzler ausdrücklich erklärt, daß er in voller Uebereinstimmung mit seinem kaiserlichen Herrn gehandelt habe, und so wenig eine solche Berufung auf den unverantwortlichen Souverän wünschenswerth erscheinen mag, so giebt sie doch einen Fingerzeig dafür, daß der Reichskanzler gewiß nicht seinen Rücktritt zu nehmen braucht, auch wenn die Reichstagsmehrheit in Sachen der Handelsverträge gegen ihn stimmte. — Es braucht in dieser Beziehung nur daran erinnert zu werden, daß der Kaiser das Zustandekommen der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn und Italien, die auf den gleichen Prinzipien, wie die neuen Verträge beruhen, in öffentlicher Rede als eine staatsmännische Großthat des Reichskanzlers von Caprioli feierte und diesem als Anerkennung dafür den Grafentitel verlieh. — Die neuen Handelsverträge, die jetzt dem Reichstage zur Gutheißung vorliegen, sind nur eine logische Folge der früheren, eine direkte Fortsetzung der einmal eingeschlagenen Handelspolitik, und es entspricht nicht der Eigenart des Kaisers, im Falle eines parlamentarischen Mißerfolges seines Ministers diesen zu entlassen. Weit eher würde der Reichstag aufgelöst werden, um zu einer den Handelsverträgen freundlich gesinnten Mehrheit zu gelangen. Der Wahlkampf, der sich nach einer Reichstagsauflösung aus dem Grunde der Handelsvertragsablehnung entspinnen müßte, würde allerdings in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands einzig dastehen, indem die Regierung den Sieg ihren sonstigen Gegnern wünschen müßte. Einen Vorgeschmack von solchem Kampfe empfindet man, wenn man folgenden Satz liest: „Wir müssen den Handelsvertrag mit Oesterreich und Italien zerreißen und wenn's mit dem Schwerte in der Faust sein muß.“ Es ist nicht ein Organ der äußersten Linken, sondern im Gegentheil: der äußersten Rechten, die „Kreuzzeitung“, nämlich, das eine solche Sprache führt. — Die deutsche Politik hat sich immer durch Stetigkeit ausgezeichnet. Seit Gründung des Reiches bis nach dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers hatten wir einen Reichskanzler, während dessen die Regierung in Frankreich vierundzwanzig Mal gewechselt hat. Seit Bismarck's Rücktritt (oder „Entlassung“, wie der Alte im Sachsenwalde es bezeichnet), steht Graf Caprioli an der Spitze der Geschäfte, ein Mann, der von sich selber sagte, daß unter ihm die Politik „langweilig“ werden würde, da er ihr keinen

großartigen Stil geben will oder kann und daß er als Soldat nur darauf bedacht ist, den Willen seines Vorgesetzten streng und pünktlich zu erfüllen, jenes Vorgesetzten, von dem Fürst Bismarck einst im preussischen Herrenhause äußerte, er werde „sein eigener Kanzler“ sein. Auf eine Entlassung des Grafen Caprioli zu rechnen ist also eine total verkehrte Spekulation. — Mit den Dingen, wie sie sich entwickeln können, muß gerechnet werden; denn sollte auch die Regierung durch Reichstagsauflösung und Neuwahlen eine Mehrheit für die Handelsverträge erzielen, so wäre eben diese Mehrheit für die neuen Steuer Gesetze sicherlich nicht zu haben. Was dann?

Deutsches Reich. Nach einer Bestimmung des Kaisers haben die obersten Verwaltungsbeamten in den deutschen Schutzgebieten von Togo, Südwest-Afrika und den Marshall-Inseln an Stelle des Titels „kaiserlicher Commissar“ fortan den Titel „kaiserlicher Landeshauptmann“ zu führen.

Die Erträge der dem Reichstage vorgeschlagenen neuen Steuern werden in den Gesammtwärtchen veranschlagt wie folgt:

Tabaksteuer mehr als bisher	45 000 000 M.
Weinsteuer 1) Naturwein	12 738 730 „
2) Schaumwein	4 544 848 „
Stempelsteuer mehr	
1) für Actien u.	4 400 000 „
2) Kauf- u. Anschaffungsgegenstände	11 000 000 „
3) „ Lotterielose	5 400 000 „
4) „ Quittungen	6 500 000 „
5) „ Echeits	650 000 „
6) „ Frachtpapiere	8 500 000 „
Zusammen	98 733 578 M.

Die freisinnige Volkspartei hat im Reichstage drei neue Anträge eingebracht und zwar auf Einführung des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechtes in allen deutschen Volksvertretungen, auf Neueintheilung der Wahlkreise und Neuregelung des Vereins- und Versammlungsrechtes.

Am 25. d. treten in Berlin auf Veranlassung des preuss. Handelsministers die Ober- und Regierungs-Präsidenten der Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern mit Schleswig-Holstein mit Vertretern von Handel und Industrie aus den preussischen Ostseehäfenstädten zusammen, um über den vorläufigen Einfluß des Nord-Ostsee-Canals nach seiner Fertigstellung auf die Ostseehäfen zu besprechen. Insbesondere soll die Frage in Beratung gezogen werden, ob und welche Vorkehrungen getroffen werden können, um den Nord-Ostsee-Canal für die Entwicklung der preussischen Ostseehäfen nutzbar zu machen.

Die Folgen der schlechten Finanzlage der Einzelstaaten, die im Falle des Scheiterns der Reichssteuerreform sich noch weit bedenklicher gestalten würde, treten auch in Mecklenburg zu Tage. Der Landtag wurde bei seiner Eröffnung mit der Kunde überrascht, daß statt der bisher üblichen 7 oder 8 Zehntel der Landessteuer (des „Edictes“) 13 Zehntel erhoben werden müßten wegen des starken Anwachsenden der Matricularbeiträge und der zweifelhaften Aussichten der Reichssteuerreform.

Die antisemitische deutsche Reformpartei des Reichstags, der auch Dr. Paul Förster als Hospitant beigetreten ist, hat den Beschluß gefaßt, geschlossen gegen die Handelsverträge zu stimmen. Die Abstimmung über den Jesuitenantrag wurde den einzelnen Mitgliedern anheimgestellt. Ueber die Stellung der Reformpartei zu den Steuervorlagen sprach ihr Führer Dr. Bödel in einer Berliner Volksversammlung. Die Reformpartei werde die Tabakfabriksteuer ganz entschieden ablehnen. An ihrer Stelle schlägt die Partei eine Wehrsteuer und eine Börsensteuer vor, die beide den Mittelstand nicht treffen. Bezüglich der vorgeschlagenen Weinsteuer wird die Partei eine Abänderung verlangen und zwar dahin, daß auf die theuren Sorten eine Flaschensteuer gelegt wird. In

der 20. Dezember 1893, Vormittags 10 Uhr
als Termin zu Verkündung des Vertheilungsplans

anberaumt worden.
Eine Uebersicht der auf dem Grundstücke lastenden Ansprüche und ihres Rangverhältnisses kann in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts eingesehen werden.
Riesa, am 17. October 1893.

Königliches Amtsgericht.
Seldner.

erster Linie aber wird die Reformpartei den Ausbau der Börsensteuer verlangen.

Wie man schon vielfach ahnte, ist der Börse ein Delfer erstanden im sozialdemokratischen „Vorwärts“. Das edle Organ erklärt sich in einem sehr gewundenen Artikel gegen die Börsensteuer, weil die Sozialdemokratie dem herrschenden Militärsystem alle Mittel verweigere, gleichviel aus welcher Quelle diese Mittel entnommen werden. In schwerer Besorgniß um die Börse schreibt das Blatt dann: „Große Börsen-Transaktionen, deren Solidität und Reclität, soweit dieser Begriff bei der Börse überhaupt zutrifft, unantastbar ist, werden sich in Folge der Steuererhöhung aus Deutschland zurückziehen; ein nicht unwichtiger Zweig des allgemeinen Handelsverkehrs, das Arbitragegeschäft, wird zerstört werden. Die Steuer auf die Börsenumsätze wird von den Bankiers auf ihre Kommitteenten abgewälzt, sie belastet somit nicht die Börse, sondern das Publikum, und kennzeichnet sich daher als eine Erschwerung und Einengung des Verkehrs. Deshalb aus prinzipiellen und praktischen Gründen, wegen des Zweckes und der Wirkung — sind wir gegen die Börsensteuer.“ Man meint in der That ein jüdisches Börsenblatt zu hören! Besser konnte das Blatt nicht beweisen, daß es und die Partei unter jüdischer Fuchtel steht.

Vom Reichstage. Zu Beginn der Sonnabend-Sitzung des Reichstages war zunächst Graf Herbert Bismarck der Gegenstand der Aufmerksamkeit. Sowie er in dem Hause erschien, drängten sich zahlreich seine Freunde dazu, ihn zur Geburt seines Töchterleins zu beglückwünschen. Diese familiäre Scene wich aber bald dem Ernste des parlamentarischen Kampfes. Der Erste, der diesmal sprach, war wieder ein Konservativer, Freiherr v. Hammerstein. Der Chef der „Kreuzzeitung“ zick den Grafen Caprioli allzu stark persönlichlich Empfindlichkeit, und dann wies er nach, daß die agrarische Bewegung gar nicht so neuen Datums, sondern schon 1876 durch die Steuer- und Wirtschaftsreformer ins Leben gerufen sei. Staatssecretär Freiherr v. Marschall nahm darauf das Wort, um festzustellen, daß auch dieser Vierte aus der Reihe der Gegner nicht habe nachweisen können, wo denn bei den Verträgen die schwere Schädigung der Landwirtschaft zu finden sei, und er setzte nunmehr seine ganze Hoffnung darauf, daß man ihm in der Kommission auseinanderlegen werde. Herr Dammacher sprach noch ein nationalliberales Wort zu Gunsten der Verträge: man dürfe nicht bloß, um den Austausch der Werthe richtig zu bemessen die Ein- und Ausfuhrziffern nehmen, sondern müsse auch die internationale Zahlungsbilanz berücksichtigen; das deutsche Geld, das sich im Auslande verzins, müsse man durch Annahme der Verträge schützen. Herr v. Kardorff von der Reichspartei ergänzte, was am Tage vorher sein Fraktionsgenosse Freiherr v. Stumm zu Gunsten der Landwirtschaft gesagt, und rühmte Frankreich, das durch die staatliche Fürsorge für den Ackerbau wirtschaftlich blühe. Es folgten noch Herr Meyer-Halle von der freisinnigen Vereinigung, bei dem sich den Herbst über eine Fluth von Wit- und Pathos aufgesammelt, die er nun freigelegt zu Gunsten der Vorlage ausgoß; Herr Abg. Dr. Bödel (Antisemit) erklärte, seine Partei werde gegen die Handelsverträge stimmen, weil dieselben die Landwirtschaft schädigen. Die Regierung möchte an die Frage herantreten, wie die Verschuldung des Grundbesitzes zu beseitigen resp. zu mildern sei. Man müsse sehen, wie die Bureaucratie vom Landrath bis zum Gendarm die Bauern schinde. (Präsident v. Leoewo ruft dem Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.) Wir seien auf diesem Wege, den Bauernhand zu verlieren. Industrielle und Bankiers kauften die Bauern aus. Auf die Nothlage der Landwirtschaft müsse man fortgesetzt die Aufmerksamkeit lenken. Herr von Dziembowski (Vole) führte aus, die Hauptursache der Nothlage der Landwirtschaft in den östl.